

Schlussfolgerungen

Ausgangspunkt dieser Untersuchung war die Beobachtung, dass die Reduktion der gesundheitssystembedingten Arbeitgeberbelastung ein wesentliches Motiv gesundheitspolitischer Reformen darstellt, obwohl der Umfang dieser Belastung bisher wenig beziffert ist. Hieran anknüpfend hat diese Untersuchung die tatsächliche Belastung der Arbeitgeber näher geprüft. Welche Schlussfolgerung ergibt sich hieraus?

Die Ergebnisse machen deutlich, dass der gesundheitssystembedingten Arbeitgeberbelastung für sich genommen gegenüber den gesamten Produktionskosten nur eine sehr untergeordnete Bedeutung zukommt. Geringer, als die Präsenz der Belastung in der gesundheitspolitischen Diskussion vermuten lassen würde. Dies gilt um so mehr, wenn man entsprechend der politischen Diskussionslinien die Betrachtung der Arbeitgeberbelastung auf den Arbeitgeberanteil in der GKV verkürzt.

Im internationalen Vergleich ist die gesundheitssystembedingte Arbeitgeberbelastung durchaus vergleichbar mit anderen hochentwickelten, im internationalen Wettbewerb konkurrierenden Standorten. Die Arbeitgeberbelastung ist in Deutschland keineswegs höher als in anderen Ländern; weder gesamtwirtschaftlich noch in den betrachteten Branchen. Insofern entspricht die Diskussion über die absolute Belastungshöhe in Deutschland nicht der tatsächlichen Problemlage.

Die volkswirtschaftliche Theorie beschreibt ceteris paribus einen logischen Zusammenhang zwischen Arbeitskosten und Beschäftigung. Empirisch konnte ein Zusammenhang zwischen gesundheitssystembedingter Arbeitgeberbelastung und Beschäftigungsentwicklung im Rahmen dieser Untersuchung nicht beobachtet werden. Dies heisst nicht, dass die Theorie falsch wäre. Es deutet darauf hin, dass noch eine Vielzahl weiterer Einflussfaktoren für die jeweilige Beschäftigungshöhe relevant waren, z.B. andere Arbeitskostenfaktoren sowie arbeitskostenunabhängige Nachfrage- und Angebotstrends in den betroffenen Branchen im In- und Ausland. Insoweit ist es sicherlich eine unzulässige Beschränkung der Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland, primär auf die gesundheitssystembedingte Arbeitgeberbelastung abzustellen.

Dennoch ist auch die bestehende gesundheitssystembedingte Arbeitgeberbelastung ein Kostenfaktor. Aufgrund des dauerhaft problematischen Verhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben besteht ein stetiger Zwang zur wirtschaftlichen Gestaltung des Gesundheitswesens.

Jede Reduktion der gesundheitssystembedingten Arbeitgeberbelastung erhöht die Chancen für mehr Beschäftigung. Dabei genügt es aber nicht, ausschließlich auf die Gesetzliche Krankenversicherung abzustellen. Weitere Bestandteile der gesundheitssystembedingten Arbeitgeberbelastung sind ebenfalls zu berücksichtigen.